

Correspondent.

Bezugspreis vierteljährlich 1 Mk., monatlich 35 Pf.
Bei Abnahme von mehreren Exemplaren, bei Postzahlung und sonst durch unsere Redaktionen in der Stadt und auf dem Lande annehmbar. Durch die Post 1.20 Mk. außer 42 Pf. Postgebühr. — Das Blatt erscheint wöchentlich 6 mal nur an den Abendsstunden und am Sonntag. — Redaktionen unserer Originalübertragungen 10 bzw. mit beständiger Zusendung gebührenfrei. — Die Rückgabe unvollständiger Exemplare übernehmen wir keine Verantwortlichkeit.

Wöchentliche Gratisbeilagen:
3seitig, illustr. Unterhaltungsblatt
m. neuest. Romanen und Novellen.
4seit. landwirtsch. u. Handelsbeil.
mit neuesten Marktnotierungen.

Anzeigenpreis für die erste Beilagenzeile oder deren Raum für die erste und zweite Umhüllung 10 Pf., dritte Anzeigen 25 Pf., absonderlich pro Seite 20 Pf., im Restamt 40 Pf. Bei komplizierter Satz annehmbarer Nachschlag Gebühr für Satzarbeiten nach Vereinbarung. Bei Abdruck von Anzeigen in besonderen Verordnungen, nach Anweisung mit Postgebühr. — Anzeigen für größere Geschäfts-Anzeigen mit 10 Pf. pro Zeile. — Anzeigen für Fahrten 9 Pf., Familienanzeigen 10 Pf. pro Zeile.

Nr. 29.

Mittwoch den 4. Februar 1914.

40. Jahrg.

Der Schrei nach dem Gemüsezoll.

Le. Es liegt offenbar System in der bündlerischen Konventionen Agitation für neue und erhöhte Zölle. Nachdem die Reichsregierung mitgeteilt hat, daß sie vorläufig eine Änderung des Zolltarifs nicht erstrebt, halten die Agrarier die Zeit geradezu erst recht für gekommen, ihre extremen Zollwünsche in den Parlamenten zu befunden, weil sie auf die Unzufriedenheit und die ungebilligte Begehrtigkeit mancher Erwerbstreffe rechnen zu können glauben. Die bündlerische Agitation blüht ja dann am besten, wenn den Leuten klar gemacht wird, daß sie allen Grund zur Unzufriedenheit haben und daß die Regierung die „berechtigten Wünsche“ der Produzenten nicht erfüllt. Das Bündlerium gedeiht am besten bei allgemeiner Unzufriedenheit der Bevölkerungsschichten, auf die es rechnen kann — in dieser Beziehung ähnelt der Mund der Landwirte sehr stark der Sozialdemokratie!

Der agrarische Kampf für die Erhöhung der Kartoffel- und Getreidezölle verdient höhere Beachtung, als dies bisher der Fall war. In preussischen Abgeordnetenhäusern entspann sich dieser Tage eine längere Debatte über dieses Thema. Die Wünsche an die Wünsche um staatliche Förderung des Obst- und Gartenbaus an, und hierbei konnte der Abg. De Lius konstataren, daß die fortschrittliche Volkspartei schon im Vorjahre den Antrag gestellt hatte, den entsprechenden Fonds weisentlich zu erhöhen. Dieser Antrag wurde abgelehnt worden. Auch der weitere Antrag, der für das jetzige Jahr eine Erhöhung des Fonds um 150.000 Mk. vorschlag, sei damals gegen die Stimmen der rechten Seite des Hauses abgelehnt worden. Auch in diesem Jahre hat die fortschrittliche Fraktion eine weitere Erhöhung des Etatspostens gegenüber dem Vorschlag angefordert, sie ist aber damit nicht durchgedrungen. Es geht daraus hervor, daß die fortschrittliche Volkspartei mit aller Kraft eine Förderung des Obst- und Gemüsebaues in Preußen wünscht, aber eine solche, die auf dem Gebiete der Verbesserung und Ausbreitung des Anbaues liegt. Dagegen hat sie sich der Einführung und Erhöhung von Zöllen auf Gemüse und Kartoffeln stets mit Vehementheit widersetzt, und dafür wird ihr das große Publikum dankbar sein.

Es war im Abgeordnetenhause neben dem Abg. Dr. Zahn vor allem wiederum der Abg. Dr. Varenhorst, dieser Entusiast des Hontzollens, der auch hier wieder die Zolltornel rührte. Er führte aus, daß „uns nicht allein mit kleinen Mitteln gedient ist, sondern wir müssen auch ein großes Mittel haben; das ist der Zollschutz“. Der Zollschutz, den wir für Gemüse hätten, sei gar nicht ausreichend, er bestimme nur für einige grobe Kohlarten; vor allem wünsche er das Frühgemüse gehörig mit dem Zollschutz zu belegen. Natürlich wollen sich Herr Varenhorst und seine Freunde nicht mit diesem Zoll begnügen, der den deutschen Gemüsebauern wenig nutzen kann, da er auf Produkte fällt, die der südlichen Sonne ihre frühere Reife verdanken und die ins Land herinkommen, wenn der deutsche Jücker das Produkt gar nicht oder nur unter besonders glücklichen Umständen schon hervorbringen kann. Die Gemüsezollfanatiker wollen natürlich das von der großen Masse des Publikums konfirmierte Gemüse treffen. Die Vereinigung der Gärtnervereine hat beispielsweise dem Reichstage eine Denkschrift zugehen lassen, in der folgende „beachtlichen“ Forderungen enthalten sind: Erhöhung des Kartoffelzolls von einer auf 6 Mk., für verschiedene Kohlartern, die heute frei eingehen, ein Zoll von 3 Mk., für Blumenkohl von 20 Mark, ebenbürtig für Pilze, Spargel und Tomaten; für Zwiebeln ein Zoll von 4 Mk., für Bohnen, Erbsen und Gurken von 20 Mk., für Spinat, Salat und Petersile von 30 Mk., für Erdbeeren von 40 Mk. Herr Dr. Varenhorst hätte sich deutlich erklären sollen, ob er diese ungeheuerlichen Forderungen auch zu den seintigen macht.

So sehr eine natürliche Förderung des Gemüsebaues und eine möglichst umfassende Ernährung des

deutschen Publikums durch deutsches Gemüse erwünscht ist, um so verkehrter wäre eine Politik der Schutzzölle für diese Lebensmittel. Sie würde nicht nur eine Verteuerung höchst nützlicher und gesunder Speisen hervorbringen, sondern zugleich auch ein äußerst zweifelhafte Schwert sein für die Produzenten selbst. Der Gemüsezoll ist in Deutschland leider noch immer ein zartes Pflänzchen, das man sehr sorgsam behandeln muß, wenn es nicht eingehen soll. Jede Verteuerung des Gemüses auf dem Markt führt mit fast mathematischer Gewißheit eine Abwendung des Publikums vom Gemüsekauf herbei, die Hausfrauen wenden sich in diesem Falle überwiegend der Kartoffel zu. Diese aber, das Nahrungsmittel der kleinsten und ärmsten Leute, ganz allgemein durch einen hochgegriffenen Zoll zu verteuern, wäre der Gipfelpunkt unglücklicher Politik. Durch hohe Schutzzölle würde der Gemüsebau nicht gefördert, sondern in seiner Entwicklung gestört werden. Über einen gewissen Preis hinaus wird das Gemüse oben nur noch als Delikatesse, aber nicht von der breiten Masse konsumiert. Und was würde das schönste, durch Schutzzölle künstlich angeregte Gemüseangebot nützen, wenn wegen der zu teuren Preise keine Käufer vorhanden sind! Der konservativ Abg. K a g e sagte zwar in der genannten Sitzung des Abgeordnetenhauses, eine Verteuerung des Gemüses werde durch die Schutzzölle nicht eintreten; aber Abg. De Lius erwiderte mit Recht, wenn keine Verteuerung eintrete, weshalb solle dann ein Zollschutz eingeführt werden. Dieser habe lediglich den Zweck, das Gemüse zu verteuern. Dieser Abgeordnete fügte noch hinzu, daß neulich eine Sitzung der Handelskammer zu Weignig ganz kategorisch die Einführung von Zöllen auf Gemüse abgelehnt, ja sogar die Beseitigung der bestehenden Auslandszölle soweit wie möglich gefordert hat, „damit die für den Verkehr der zur Ernährung der Bevölkerung notwendigen Nahrungsmittel bestehenden Hindernisse Beseitigung finden“; und für diesen Beschluß hat auch einer der größten Gemüsezüchter der Rheinischer Gegend gestimmt. Die fortschrittliche Volkspartei wird, um die Schlussworte des Abg. De Lius in seiner neulichsten Rede zu gebrauchen, alles tun, um eine Förderung des Obst- und Gemüsebaues zu erreichen, aber nicht nach der Richtung, daß unsere Bevölkerung dieses wichtige Nahrungsmittel verteuert wird.

Naumann über die Konservativen.

Das parlamentarische Regiment der Rechten.
Friedrich Naumann hat in seiner Reichstagsrede zum Fall Zabern vor acht Tagen so lehrreiche Rufe und Ausblicke auf die Dinge in Preußen und im Reich gegeben, daß wir aus dem jetzt vorliegenden amtlichen stenographischen Bericht die betreffenden Ausführungen im Wortlaut wiedergeben wollen. Naumann führte hierüber im zweiten Teile seiner Rede aus:

Es hat zwar vorhin Graf v. Westarp gegenüber dem Preußenbund, sagen wir, weisevolle Richtigstellungen abgegeben. Ich will mich darum nicht auf den Preußenbund weiter einlassen, sondern verweise darauf, daß im Herrenhause Graf von und im Abgeordnetenhause v. Sandbarn die uns bekannten Reden über das preussische Element in Deutschland gehalten haben, Reden an den Reichstanzler, daß er doch nicht zu sehr Reichstanzler sein möge.

Warnungsreden vor zuviel Reichsgewinnung und Reichsverfassung, dem Preußen sei die Grundlage Preußen war und ist die historische Grundlage, aber über diese Grundlage hinaus ist doch der Reichsbaum weiter gewachsen. Jetzt aber kommen Sie und sagen, das Reich wird zu stark für uns, es wird zu viel deutsch, was heißt denn eigentlich als preussisch übrig? Früher war es eine theoretische Frage, die schon 1848 in der Paulskirche erörtert worden ist, wie der Dualismus auszugleichen sei: Preußen mit Landtag, mit Ministerien, auszuwählen Staat, und über dem nun der andere Staat, das Reich! Man würde sich, es wird sich schon finden. Nun aber kam das deutsche Reich, und mit ihm die Verleugung und warf den Einzelstaaten Aufgaben hin, so daß die Minister der Einzelstaaten bereits zur Hälfte Ausführungsbeamte der heftigsten Reichsgewalten geworden sind. Und nun tritt der Tag ein, den Bismarck gemeinlich hat 1877, daß, wenn es einen Reichsfinanzminister gäbe, der preussische Finanzminister sein Feind sein werde. Es gibt ja nun zwar keinen Reichs-

finanzminister, aber es gibt neuerdings eine direkte Reichsteuer, die auf der rechten Seite nicht beliebt ist, die wir anderen aber um des Vaterlandes willen einmütig bewilligt haben. Und damit gibt es, was Bismarck den Finanzminister des Reiches nannte. So entlehnt der Fall: der preussische Finanzminister, aber ein anderer Minister wird heim bleiben, der die Reichsorganisation vertritt, und die Spannung wächst, und zwar wächst sie um so mehr bei den Konversationen, als sie der Reichsminister nicht mehr so jählich sind, als sie früher glauben, es von Geburt her sein zu können.

Das ist nämlich der springende Punkt. Es wird hier feierlich über Staatstheorien geredet. Wir auf der linken Seite sind für

parlamentarisches Regiment.
Wir wissen dabei, daß parlamentarisches Regiment nicht etwa Maßregeln englischer Verfassung ist, sondern daß in jedem Staate die Entwicklung ihre eigenen Formen sucht, und daß nicht der Reichstag in Ewigkeit in diesem Zustand einer unbeachtlichen Kontrollbehörde bleiben kann, in dem er jetzt zum guten Teil ist. Leben Sie doch die Antworten, die uns die verbündeten Regierungen auf die Resolutionen des Reichstages gegeben haben! Wasu parnt die Öffentlichkeit auf das, was hier gesprochen wird, wenn da hinter faktur ein großer Papierkorb steht? Seibi, heibo, da wird hineingeworfen. Dieser Zustand zu ändern, die Willkürlichkeit des Reichstags in etwas von Kraft zu verändern, das ist das Problem, was wir dem Parlamentarismus „parlamentarisches Regiment“ fäuft; und sobald das ausgeprochen wird, fühlen die Herren Konversationen: das könnte zu anderen Befehlungen der Oberstellen führen als zu den Befehlungen mit ihren Freunden.

Als das Deutsche Reich gegründet wurde, waren die Konventionen nur sehr langsam für diesen Gedanken zu haben. Nachdem es kaum eingetribet war, kam die Zeit der Deklarationen. Wenn Sie bei Bismarck nach, wie die entsprechenden Leute damals gesprochen haben, nicht bloß über Herrn v. Bettmann Hollweg jetzt. Auch ihn wollten sie abschließen, weil er ihnen nicht geborchen wollte. Der Minister darf erklaren, aber er muß von Ihnen (nach rechts) abhängig sein, das ist

das parlamentarische Regiment der Rechten.
Die aber, die dieses als ihr Privilegium ansehen, nehmen es den anderen über, wenn sie sagen: So, wir wollen einmal die Plätze tauschen. Dann geht der edelpreussische Mann in die Höhe. Das haben wir einst in den Tagen der Deklarationen, dann in den 100 Tagen des Kaisers Friedrich gesehen. Als in jenen schweren Tagen möglich schien, daß ein Ministerium und ein Reichstanzler die Involgen nicht patentiert waren von den Angehörigen Preußens, da gingen Sie wieder in die Höhe. Als aber dann Caprioli seine Handelsverträge anders machte als mit „rechts“, gingen Sie wieder in die Höhe, und da war Liebenberg fällig — Donauwärtigen gab es damals noch nicht.

Und nun kommt es nochmals wieder! Zabern ist der Anfang. Aber vorher gab es schon jene Bestimmungen über die großen Reichsingenen. Da ist wieder einmal etwas Wichtiges gemacht worden, o hne daß die Herren rechts vorher gefragt und nachher daran beteiligt worden wären. Da entsteht die Stimmung: Götterdämmerung. Es müssen sich die letzten Kräfte sammeln; denn das übrige Reich hängt an, politisch aufzumachen, und erhebt Tage wie hier im Dezember, als Kollege Rechenbach sprach, wo man nicht nur gestrichelte Parteien hatte, sondern einen Deutschen Reichstag, der gemeinsam etwas wollte, der dem Reichstanzler sagte, er sei nicht einverstanden mit der Art, wie Zabern behandelt worden ist, einen Reichstag, der die Nation als Ganzes hochheben wollte (Rechts rechts), den deutschen Gedanken, über den Sie lachen, weil er in Ihrer Seele nicht drin ist; denn für Sie bleibt im Untergrund der preussische Gedanke, für uns aber bleibt das höchste der deutsche Reichsgedanke. Der ist seit 60 Jahren gewachsen. Ihre Beschreibung ist richtig: das Reich läßt sich nicht an diejenige für die Arme begeben, die etwas haben und gewöhnlich nicht gern geben wollen. Das Reich heißt Reich und Gelder, wenn es solche braucht, ohne vorher um Ihre konventionelle Erlaubnis zu fragen, und darum wollen Sie von dem Reich jetzt nichts Rechtes mehr wissen. Für uns aber heißt es gerade jetzt mehr als jemals von diesem Reiche: Deutschland, Deutschland, über Alles, über Alles in der Welt.

Lebhafter Beifall links und bei den Esch-Rothbringern unterbrach den Redner fast nach jedem Satz und erfolgte besonders am Schluß der Rede.

Zabern-Nachplänge.

Verstelt! Aber warum nicht vor einem Vierteljahr? — So ruft man unwillkürlich aus, wenn man jetzt von der Transaktionierung der Herren v. Reuter und v. Forster nach dem Osten unseres lieben Vaterlandes liest. Was jetzt geschehen ist, hätte nach den ersten Zaberner Aufregungen geschehen können und geschehen müssen. Damals hätte es ausgereicht, um die

Erregung im Reime zu erlösen. Ja, die Verletzungen im November hätten einen vorläufigen Eindruck gemacht und bei der Bevölkerung von Elbst-Verträgen das Vertrauen zu Reich und Militärverwaltung gestärkt. Die Verletzung in der heutigen Zeit befindet sich wieder, ebenso das die Meuter und Fortschritt in der Tat nicht die richtigen Männer am richtigen Platze waren, daß sie dort Unheil angerichtet haben; zweitens aber, daß die Militärverwaltung und die Reichsregierung aus falschem Kesseltisch die beiden Männer nicht in einem Moment fallen ließen, wo dies ein ganz anderes Gesicht, als die öffentliche Meinung hätte betrachtet werden können. Die Verletzung im jetzigen Augenblick, nachdem die Freisprechungen erfolgt sind und der Ministerwechsel eingetreten ist, muß geradezu das Gefühl vernichten, das im Bürgertum begehrt wird, das Gefühl nämlich, daß man in den oberen Regionen berechnete und als berechtigt durchaus anerkannte Wünsche der Bevölkerung gerade dann nicht erfüllt, wenn es so aussieht, als ob das Bürgertum damit einen Sieg erfochten hätte. Die „Deutsche Tageszeitung“ hat denn auch sofort diese „Moral aus der Geschichte“ begriffen, wenn sie ausführt, sie wolle sich angeichts der Tatsache, daß es sich um eine Maßnahme der „Kommandogewalt“ handle, mit der gebotenen Zurückhaltung äußern; jedenfalls habe die Sache jetzt aber ein ganz anderes Gesicht, als die entsprechende Maßnahme in einem früheren Stadium der Angelegenheit, namentlich vor den freisprechenden Urteilen der Kriegesgerichte, gezeugt haben würde. Das trifft zu; die Bemerkungen der „Deutschen Tageszeitung“ sind aber — nebenbei gesagt — ein hübscher Beitrag zu dem alten Wort: „Kommandogewalt“ — als „gebotene Zurückhaltung“. Aber wenn die „entsprechende Maßnahme“ in einem anderen, den Agrarier weniger angenehmen Zeitpunkt, dann — ganz anderes Gesicht! Dann hätte auch die Geschichte von der „Kommandogewalt“ die Herren Agrarier nicht vor der nötigen „entsprechenden“ Kritik zurückgehalten.

Auch der Kreisdirektor Wahl ist verlegt worden, und ein altbewährter Herr ist an seine Stelle gekommen. So sucht man allmählich die Spuren von Jahren zu verwischen. Gelingen kann dies natürlich nur, wenn ein anderer Geist in die Verwaltung einzieht. Nach dem Siege der Militärverwaltung und nach der Entlassung Berlin-Votsdamers Herren in die Reichslande ist damit freilich kaum zu rechnen.

Nach einer Verletzung. Kreisdirektor Wahl, der im Reuter-Vorkehr offenbar die mangelnde Zügelungnahme des Oberleiters mit ihm als dem Vertreter der Zivilgewalt behandelte und die Überfüllung der Reuterischen Verpönerung bezeugt hatte, ist im Monat von Jahren nach Tann in Oberlohn, Kreisdirektor Westphalen von Tann nach Jahren verlegt worden.

Über die reichsländische Frage schreibt die offizielle „Vaterländische Zeitung“: „Das Reichsland, durch gemeinsame Güter erstritten, gehört dem ganzen deutschen Volke. Nichts ist charakteristischer dafür, wie tief dieser Gedanke in die Nation eingewurzelt ist, als die lebensvolle Teilnahme an dem, was die deutsche Volk an jenen Ereignissen beendete hat. Die Augen von ganz Deutschland sind auf die weitere Entwicklung des Reichslandes gerichtet. Willkürlicher, ungesetzlicher, ungesetzlicher, ungesetzlicher Verletzung und des Ungleiches, das die neuen berufenen Männer, begrüßt von der vertrauensvollen Erwartung der Nation, zu unternehmen sich anfangen.“

Die neuen Männer. Graf von Noebner, der neue Staatssekretär für Elbst-Verträge ist noch verhältnismäßig jung. Er ist am 27. Juli 1870 in Magdeburg geboren als Sohn des Oberleiters a. D. Grafen Ludwig von Noebner, ist also erst 43 Jahre alt. Nachdem er 1893 als Referendar beim Oberlandesgericht in Braunschweig a. W. verpflichtet worden war, ging er 1896 zur allgemeinen Verwaltung über. Er wurde Regierungsassessor beim Landratsamt in Freudenwalde. Von 1901 bis 1903 arbeitete Graf Noebner in gleicher Eigenschaft bei dem Oberpräsidenten in Bielefeld und wurde dann als Hilfsarbeiter in die Abteilung des Finanzministeriums berufen. Im Mai 1905 wurde er zum Verwaltungsrat des Reichslandes von Niederbarnim beauftragt und im Oktober zum Landrat dieses Kreises ernannt. Als im Juni 1911 der Oberpräsident a. D. Winterfeldt nach seiner Wahl zum Landesdirektor der Provinz Brandenburg von seinem Amt zurücktrat, wurde Graf Noebner zum Oberpräsidenten in Potsdam ernannt. Hans Carl Freiherr von Stein, der neue Unterstaatssekretär von Elbst-Verträgen, ist ein geborener Bayer. Er stammt aus dem fränkischen Geschlecht der Stein zu Nord- und Ostheim und ist am 28. Februar 1867 in Würzburg geboren. Er war ursprünglich im bayerischen Staatsdienst tätig. 1903 trat er als Hilfsarbeiter beim Reichsamt des Innern ein und erhielt 1905 die Ernennung zum kaiserlichen Geh. Regierungsrat und vortragenden Rat im Reichsamt des Innern. 1910 wurde er Geh. Oberregierungsrat.

Die ersten Preußen. Gegen die Kaisergeburtstagsrede des deutschen Reichstages in London, fürsten in London, die Kaisergeburtstagsrede, die sich mit Recht von den Ausführungen des Fürsten gegen die „ersten Preußen“ getroffen gefühlt hat. Der Trinitatstag des deutschen Reichstages schloß an der betreffenden Stelle mit dem Satz: „Der Reichstag ist auf preussischer Grundlage errichtet und soll es jederzeit bleiben, aber mitunter muß sich der Reichstag auf Kosten der Eingeborenen betätigen.“ Hiergegen wendet sich die „Kreuzzeitung“ folgendermaßen:

Wir möchten ja der Rede des Fürsten Einmüßigkeit doch bemerken, daß sie durch Weglassung des letzten Satzes gewonnen hätte. Hier kann man mit Recht von einem Sinneswandel in preussischer Streitigkeiten in die Kaisergeburtstagsrede sprechen. Es war nicht nötig, vor den Deutschen Londons sich darüber zu äußern, ob durch „Sonderbestrebungen“, wie sie der Gründung des Preußenbundes zugrunde lagen, den Interessen des Deutschtums gebient wird. Darüber gehen eben die Meinungen auseinander. Die Bemerkung allerdings, daß sich der Reichstag nicht unter auf Kosten der Eingeborenen betätigen müsse, ist reichlich oberflächlich. Ein leitender Staats-

mann, der diesen Satz zur Rechtfertigung seiner Politik machen wollte, würde jedenfalls mit dem allgemeinen Widerstand der Einzelstaaten zu rechnen haben.“ Der Preußenbund soll zwar seine konervative Grundtendenz sein, aber auch aus dem Elemente der „Kreuzzeitung“ erkennt man den wahren Zusammenhang.

Gegen die „ersten Preußen“ hat sich der Verein der Fortschrittlichen Volkspartei zu Weimar in einer öffentlichen Versammlung im Stadthaus am 10. Januar 1911 ausgesprochen. Landtagsabg. Volksw. Weimar sprach über das Thema: „Die Kampfesjahre der preussischen Konföderation“. Preussens Stellung im Reiche und zu den Bundesstaaten.“ Der Vortrag fand lebhaftes Zutreffen. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

Der Verein der Fortschrittlichen Volkspartei zu Weimar spricht sich über die am 10. Januar dieses Jahres erfolgte Kundgebung des Preussischen Herrenhauses aus und verurteilt auf das entschiedenste die Eigen- und Sonderbestrebungen der preussischen Unter- sowie auch die Gründung des Preußenbundes. Die nicht missverständlichen Äußerungen des Grafen von Warneburg gegenüber den Reichsgenossen ebensolche, wie die unbedachten Reden der Herren vom Preußenbunde, die ihre konföderativen Parteinteressen über den Wohl des Vaterlandes stellen und Zwietracht zwischen die einzelnen Bundesstaaten säen. Der Verein dankt den Abgeordneten der Fortschrittlichen Volkspartei, daß sie die Angriffe der Konföderation im Abgeordnetenhaus und im Reichstag gehörig zurückgewiesen haben, und fordert das liberale Haus an, die ihm die Fortschrittlichen Kampfe gegen die konföderativen Maßregeln auf mit der Wahrung, eingetragt zu bleiben, daß die Vormachtstellung Preussens im Reiche erhalten werden muß, und daß die Bundesstaaten allezeit unter Preussens Führung für die Reichseinheit einzutreten gewillt sind.“

Politische Übersicht.

Österreich-Ungarn. In der scheidenden Legislatur ist nunmehr tatsächlich wieder einmal der 14. in Anwendung gebracht worden. Die „Wiener Zeitung“ verweist an dem Tage auf den 14. des 14. des Staatsgrundgesetzes, welches die Verordnungen, betreffend das Budgetprovisorium für das erste Halbjahr 1911.

Frankreich. Cailleur erläuterte am Sonntag seinen Wählern in Mantes Bericht über seine Tätigkeit als Minister und als Minister und spielte dabei auf die lebenswichtigen Angriffe an, die ihm die Fortschrittliche demokratisch-republikanische Politik zugezogen habe. Cailleur wies dann auf die in der Ordnung in den Finanzen hin, die er dem Landtag zuzuführen, daß früher ungenügende Maßnahmen ergriffen worden seien, was das Budget ins Gleichgewicht zu bringen, das infolge der wirtschaftlichen Entwicklung, der nötigen sozialen Verbesserungen und der sich entwickelnden Weltwirtschaft der nationalen Verteidigung, deren Dringlichkeit er als einer der ersten erkannt habe, sich fernerhin geltend habe. Der Minister rechtfertigte es, daß er für die gegenwärtigen außerordentlichen Ausgaben Anleihen vorschläge, die sich über mehrere Jahre verteilen sollten, um den Steueranforderungen zu entsprechen. Die künftigen Anleihen werden die jährlichen Mittel des Schatzes gedeckt werden, denn das Gleichgewicht des Schatzes ist ebenso notwendig wie ein starkes Heer und eine starke Marine. Cailleur trat dann für eine Politik der Sparmaßnahmen ein und bestimmte, jedoch jede Steuerpolitik, die nur darauf hinaus, die indirekten und direkten Steuern zu vermindern. Seine Pläne enthielten keinerlei Angriffe gegen irgend eine Klasse von Bürgern, sondern wollten einfach die wirkliche Gerechtigkeit sichern, indem sie die mäßigen Vermögen mäßig besteuern und den reichen Klassen erhöhte Unterlegungen auferlegen, die sich aber immer noch in den erforderlichen Grenzen halten. Die künftigen Anleihen werden auf Traditionen, Gewohnheiten und bis zu einem gewissen Grade auch auf Vorurteile Rücksicht nehmen, diese aber nicht durch Phantome strecken lassen. Zum Schluß warnte der Minister die reichen Klassen vor den Gefahren egoistischen und blinden Widerstandes.

Frankreich. Die Besetzung. Krupp habe die Petersburger Kanonenfabriken Kuzlows gekauft, ist zwar durch den Kruppischen Vertreter in Abrede gestellt worden, werden aber doch mit Bestimmtheit aufrechterhalten, zumal an amtlichen russischen Stellen keine klare Darstellung gegeben wurde. Wahrscheinlich, so wird der „Rein. Ztg.“ gemeldet, soll der ganze Krupp dazu dienen, eine unangenehme Angelegenheit zu vermeiden, die schon in der Kuzlowschen Fabrik aufgedeckt worden ist und die große Verurteilungen zutage gebracht hat. Das Ergebnis der Untersuchung soll sein, daß die Aktionäre die Entlassung mehrerer Direktoren verlangt hätten, wenn die in einem Einzelunternehmung des Werkes nötigen Gelder bereitgestellt würden. Das Krupp mit Kuzlows seit langem in geschäftlicher Verbindung steht, ist im übrigen kein Geheimnis, und es ist daher sehr wahrscheinlich, daß Krupp an der Ausgabe neuer Aktien nicht weniger interessiert ist als die anderen Aktionäre.

Portugal. Die Lage in Portugal ist durchaus unruhig. In den spanischen Grenzprovinzen sind wieder Gerüchte über eine bevorstehende Erhebung in Portugal verbreitet. Wädrige Blätter melden aus Lissabon, daß nach Erklärungen ausgewandeter portugiesischer Monarchisten für Sonntag eine Erhebung der republikanischen Garde in Lissabon geplant gewesen sei. — Was jetzt gegen eine solche Erhebung in Lissabon keine Hindernisse vor.

Deutschland.

Berlin, 8. Febr. Der Kaiser unternahm gestern (Montag) nach der Frühstückstafel seinen ersten Ausritt in diesem Jahre nach dem Tiergarten. Die Kaiserin unternahm gestern nachmittag der Prinzessin Strel-Zwischen an deren Geburtstage einen Besuch in der Villa Angenheim. — Prinz Heinrich von Preußen, der Chef des Kaiser-Regiments Nr. 35 in Brandenburg, begibt sich heute (Dienstag) vormittag im Automobil von Berlin nach Brandenburg a. S. Die Infanterie erfolgt gegen 11½ Uhr. An der Kaserne des Regiments findet ein Empfang durch den Obersten Schmidt und das gesamte Offiziers-

korps statt. Darauf folgt eine Parade des Regiments sowie der bestehenden Bataillone ehemaliger 35er, die heute früh mit ihren Fahnen in Brandenburg eintreffen werden. Nach einem Frühstück im Offiziersklub wird Prinz Heinrich am späten Nachmittag Brandenburg wieder verlassen und nach Berlin zurückkehren. Der Kronprinz von Griechenland, der seit ungefähr einer Woche im Hotel Esplanade wohnte, hat sich gegen (Montag) abend in Begleitung seines Adjutanten, Oberleutnants Kalinast, nach Bukarest begeben.

Zum Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg ist an Stelle des verstorbenen Oberpräsidenten Conrad der Regierungsrat v. d. Schulenburg in Potsdam, zu seinem Nachfolger im Präsidentenamt der Potsdamer Regierung der Geh. Oberregierungsrat und vortragende Rat im Landwirtschaftsministerium Freiherr v. Haldenhausen ernannt worden. Der neue Oberpräsident ist am 29. Juli auf Schloß Kamnitz bei Voigtke, Kr. Merseburg als Sohn des Legationsrats a. D. Kammerherrn v. Schulenburg geboren. Er hat die Universitäten Göttingen und Berlin besucht, wurde 1882 Referendar und 1889 Regierungsassessor. Nachdem er drei Jahre beim Oberpräsidenten in Magdeburg tätig gewesen, wurde er Landrat in Niersleben. 1902 kam er als Oberpräsident nach Potsdam, 1903 wurde er dort Regierungspräsident. Sein Nachfolger a. Haldenhausen ist 1889 als Sohn des Generals der Infanterie Ludwig Prinz v. Haldenhausen geboren. 1890 wurde er Kammergerichtsreferendar. Von 1893 bis 1894 war er Regierungsrat in Frankfurt a. O., 1894 wurde er Regierungsassessor und als Hilfsarbeiter beim Landratsamt in Lübben verwendet. 1899 wurde er Landrat des Kreises Lübben, 1905 trat er in das Landwirtschaftsministerium ein. 1906 wurde er dort vortragender Rat.

Abreisen der Kirchenaustrittspropaganda. Abreiseähnlich in Magdeburg oder Jena soll in nächster Zeit eine Konferenz aller Agitatoren für die Kirchenaustrittspropaganda stattfinden. In den letzten Wochen ist die Zahl derselben Personen, die ihren Austritt aus der Kirche an demselben Tag, ganz außerordentlich stark geunken. Die Agitation ist insbesondere auf ein gutes Geis geraten; in kleineren und mittleren Städten hat die Agitation vollständig Fiasco gemacht.

Kaiserliche Marine. Zum Obervertrictor der Kaiserlichen Reichsmarine ist an Stelle des nach dreijähriger Dienstzeit von dem Amte zurückgetretenen Obervertrictors Konteradmiral Hertel der Kapitän zur See Kraft ausgetreten. Kapitän Kraft, bisher Kommandant des Großlinienschiffs „Westfalen“, ist von dieser Dienststellung bereits entbunden und zu seiner Information zum Reichsmarineminister kommandiert worden. Er ist einer der besten Offiziere der Kaiserlichen Marine und hat seine Beförderung zum Konteradmiral von Kaiserin Wilhelmine im Jahre 1904 erhalten. Er war in der Kaiserlichen Marine seit 18 Jahren Kapitän Kraft die größere Hälfte des Norddienstes, u. a. als Kommandant des in Westafrika stationierten Kanonenboots „Sabine“, und später des Flaggschiffes des asiatischen Geschwaders „Scharnhorst“ zugebracht. Zweimal hatte er inoffiziell schon ein mehrjähriges Kommando beim Reichsmarineminister inne.

Aus den Kolonien. Die Tanganjitaabahn ist fertig. Nach amtlicher Meldung hat die Geleisbahn der Tanganjitaabahn am Sonntag den Tanganjita-See bei Kisumu erreicht.

Literatur, Kunst und Wissenschaft.

Die Eröffnung des Kaiser-Wilhelm-Instituts zur Erforschung der Kohle. Unter dem Vorhitz des Regierungspräsidenten von Düsseldorf fand in Mülheim (Ruhr) die Eröffnung des Kaiser-Wilhelm-Instituts zur Erforschung der Kohle statt. Es wurde beschlossen, die feierliche Eröffnung im Monat Juni vorzunehmen. Die Vorarbeiten machen rasche Fortschritte. Das Institut wird bekanntlich mit einem Kostenanlauf von zwei Millionen Mk. aus den Mitteln errichtet, die dem Kaiser anlässlich seines 25-jährigen Regierungsjubiläums zur freien Verfügung gestellt worden sind. In der Eröffnung wurde auch der Kaiser eine Einladung ergangen, und nach den bisherigen Dispositionen ist Aussicht vorhanden, daß der Kaiser der Eröffnung Solche leisten wird.

Luftschiffahrt.

Todessturz zweier französischer Flieger. Paris, 2. Febr. Nach einer Meldung aus Bourges stürzte heute nachmittag auf dem Flugfelde von Noord der Leutnant Delprat, der den Hauptmann Riquet als Fliegerflugakt an Bord hatte, aus beträchtlicher Höhe ab. Beide Flieger waren auf der Stelle tot.

New York, 2. Febr. Der Aerofluss kündigt an, daß er einen Aerofluss auf die Welt genötigt hat. Der Flug soll auf der Weltausstellung in San Francisco beginnen und binnen 90 Tagen dort wieder endigen. Die Preise werden 100 000 Dollars betragen. Der Wettbewerb wird für alle Typen von Motorflugzeugen offenhalten und unter den Äuflüssen der Weltausstellung und des Pacific-Aeroflusses stattfinden.

Die Schlagwetterexplosion bei Dortmund.

Die Vererbung von 22 Opfern der Grubenkatastrophe auf Beche Aghenbach fand am Montag nachmittag in Braubach statt. Kurz nach 3 Uhr legte sich der gewaltige Trancuzug in Bewegung. Etwa 100 Fahnen und 20 Musikkorps befanden sich im ersten Teil des Zuges, der aus Vereinen des ganzen Industriebezirks bestand. Die Größe von 20 Vereinen wurde zu je 5 aufgezogen, während die übrigen Vereine gefahren, die der beiden Steiger auf beiderseitigen Seiten waren. Im Trancuzug befanden sich u. a. der Oberpräsident von Westfalen Prinz v. Ratibor und Corvey, der Regierungspräsident von Arnsberg, v. Bate, Generalleutnant v. Garbon, Generalleutnant, D. v. Schubert, Hofkammer v. Stumm und Major a. D. v. Stumm. Hoff. Katholische und neun evangelische Geistliche waren ebenfalls an der Vererbung beteiligt. Die Vererbung erfolgte in einem Moment als unmittelbar nach dem der Opfer der letzten Katastrophe auf derselben Beche im Jahre 1912. Im Grabe brachen der katholische und der evangelische Ortsgeistliche. Unter den katholischen Geistlichen befand sich als Vertreter des Bistums der Pfarrer v. Gumbert, Generalleutnant v. Bate, die Beche Aghenbach, die nachher mit der Stadt Dortmund hatten prächtige Kränze geschickt.

Schlagwetterkatastrophe. Die Grubenkatastrophe auf der Beche „Münster Aghenbach“ bei Dortmund zeigte wieder, daß trotz aller

Vorteilhaftes Angebot!

Von Montag
2. Februar
bis Sonntag
8. Februar

Nach beendeter **Inventur** habe ich diverse
Leinen- und Baumwollwaren
Betzeuge weiss und bunt
Tischzeuge Kaffee und Teegedecke
Handtücher und Küchenwäsche
Herrenwäsche Trikotagen
Kinderwäsche Kinderschürzen Kinderstrümpfe
Damenwäsche Schürzen
Steppdecken Gardinen Vitragen
Stickerien Reste etc etc.

wesentlich im Preise zurückgesetzt und bietet diese **durchweg soliden Sachen** meiner werten Kundschaft als **günstige Kaufgelegenheit** an.

Karl Tänzer, Adolf Schäfer's Nachf., Entenplan 7.

Herzog Christian.
Die Regalbahn ist am
Sonabend noch frei.

Strandhölzchen.
Jeden Mittwoch
Winsen.

Goldene Angel.
Donnerstag
Schlachtfest.
Mittwoch abend 9 Uhr.

Zum alten Dessauer.
Donnerstag Schlachtfest.

Dieters Restauration
Freitag 9 Uhr.
Jeden Mittwoch und Freitag
Schlachtfest.

Donnerstag
hauschl. Buett
C. Zauch

Donnerstag
hauschlacht. Buett
Friederike Vogel, Hofmarkt 17.

Turnverein „Rothstein“



Unser Mastenball

findet bereits am
Sonntag den 8. Febr.
(nicht am 22. Febr.)

in sämtlichen von der
Merseburger Ruder-Ge-
sellschaft praesentierten Räumen des Stadtfestments
Cafino statt.

Zur Aufführung gelangt hier zum 1 Male:

Ein Frühlingstfest in Nizza

mit großartigen Aufführungen und Ueberraschungen.
Einlaß 6 Uhr. — Anfang 7 Uhr.

Karten im Vorverkauf Aufhauer 50 Pf., Damen-
masken 60 Pf., Herrenmasken 75 Pf. Zu haben bei:
Herrn Kurt Karins, Brühl 4; im Restaurant Aufhäuser,
Steinfr.; im Restaurant Goldener Löwe, Neumarkt; im
Restaurant Casino und bei Frau Schimichen, Sültefr. 8.

Abendkasse: Aufhauer 60 Pf., Damen-
masken 75 Pf., Herrenmasken 1 Mk.

Musikaufführung

des **Merseburger Bach-Vereins** im Dom am
Mittwoch den 11. Februar 1914, Anfang 8 1/4 Uhr.

Judas Maccabäus

Oratorium von G. F. Händel.

Solisten: Sopran: Fräulein Käthe Schmidt Charlotten-
burg. Alt: Fräulein Betty Arnold - Berlin.
Tenor: Herr Valentin Ludwig, Kal. Hof- und
Domänen Berlin. Bass: Herr Dr. Wolfgang
Hofenthal Leipzig. Orgel: Herr cand. phil. et mus.
Bernert Knoke Leipzig. Cembalo: Herr Paul
Rosenam, Merseburg.

Gesanglicher Chor: Bach-Verein, Knabenchor der
Mittelschule
Orchester: Kapelle des Regiments Generalfeldmarschall
Graf Bismarck (Magdeh.) Nr. 86-Halle.
Leitung: Domchorleiter H. Berger.

Eintrittskarten: Buchhandlung Fr. Stollberg und Dom-
kellerhaus.

Preise der Plätze: Hochaltar: 2 Mk., Reihen vor den
Altarkäufen: 1,50 Mk., Schiff: 1 Mk., Sülter-
kanten: 0,50 Mk.
Textbücher u. 20 Pf. in der Buchhandlung Fr. Stollberg
und in: Domkellerhaus.

Nächste Uebung: Mittwoch den 4. Februar 8 Uhr im
Saale der Loge „Zum goldenen Kreuz“.

Maurer und Arbeiter

werden gesucht.
Neubau Brikettfabrik „Vesta“
Grosskayna.

Auf Grund Gesellsch. bei
Kündigung werden dauernd
tüchtige Reparaturschlosser ein-
gestellt.

Suche für mein Kontor per
Okt. 1914 einen

Lehrling

mit nur wirklich guter
Schulbildung.

A. Dresdner, Waagenfabrik.

Schmiedelehrling

stellt Oitern ein
Richard Weber, Halleische Str. 9.

Einen Bäderlehrling

stellt Oitern ein **Paul Bueger.**

Einen Lehrling sucht

Ernst Uhlig, Sattler- und Wagen-
laderei, Vierfeldstr., Neumarkt 62.

Gesucht zum 1. März junges,
träft. **Dienstmädchen.**

Lauchstädter Str. 15.

Stetiges, sauberes

Dienstmädchen

find. z. 1. 3. Stellung. Burgstr. 17.

Zum 1. April suche ein zu-
verlässliches, ordentliches

Mädchen.

Frau Gewerbesp. Gärholz,
Bohkstraße 8, 2 Tr.

Zum 1. oder 15. April suche
ich ein ordentliches, zuverlässiges

Mädchen.

Frau Dr. Wedding, Lindenstr. 2, I.

Ein junges Mädchen sucht eine

Aufwartung für vormittags.

Borwerf 9.

Älteres, zuverlässiges, Mädchen

für den größten Teil des Tages als **Aufwartung**

gesucht. Dr. Ritterstr. 15, I.

Aufwartung gesucht.

Zu melden Donnerstag 10 Uhr

Halleische Straße 68, part.

Wetoren auf dem Wege von

Leuna bis Wittenfelder Str. eine

handliche mit Jubelt (1 Damen-
Portemonnaie mit 400 Mk.),
Gegen Bel. abzuw. Markt 20, III.

Eine Zylinderuhr mit Leder-
armband am Sonntag den

25. Januar verloren. Gegen Be-
lohnung abzugeben Sanktfr. 9, I.

Zahnmesser im Gai u. Flech-
hülle gefunden. Abzuholen bei
Wm. Dietrich, Domstr. 10, part. I.

Merseburg a. S.,
Gotthardstr. 42.

Hierzu zwei Beilagen.

Ritter

Pianofabrik, Halle a. S.

Flügel sind über- all beliebt, weil **Pianos**

Gediegen • Klangschön • Preiswert

Turin 1911 Grand Prix

Verbrennungs-Gärge

aus Metall und Holz, sowie

großes Lager eisener und eiserner Pfosten-Gärge.

Metall-Gärge

Sarg-Magazin von O. Scholz & Co., Merseburg.

Gotthardstr. 34. Tel. 438. Gotthardstr. 34



Keine Hausfrau versäume
Steinbachs
parfümierten-Wasch-Extrakt
zu verwenden.
1 Pfund 20 Pf.

Größtes Atelier.
Vorzüglich eingerichtet.

Photographie Rud. Arndt,

Öffentlicher Vorlesungs-Abend.

Donnerstag den 5. Februar 1914 abends 8 1/2 Uhr
in „Müllers Hotel“ (Bel. Emil Hüfte) zu Merseburg.

St die Abstinenzbewegung gerechtfertigt?

Referent: Otto Erich v. Bussow-Berlin.

Keine Diskussion. Eintritt frei.

Deutsch. Abwehr-Bund gegen die Ausbreitungen
der Abstinenzbewegung.

Damen u. Herren willkommen.

Neues Schützenhaus.

Das zum Mittwoch angesetzte Konzert findet umständehalber

nicht statt.

Hermann Billenberger.

Zweite Beilage.

Merseburg und Umgegend.

3. Februar.

Steuern zahlen! Im Interesse der Steuerzahler...

Im Interesse der Mitglieder von Berufsgenossenschaften...

Merseburger Baumgeschichten.

1785-1914.

Auf dem „Altenburger Damme“ zu Merseburg ist...

Ein vorübergehender 85jähriger Merseburger erzählt...

Als unser Bäumlein im Frühjahr 1785 gepflanzt wurde...

Anno 1783 im Hartlo lassen des Herrn Stifts-Administrators...

Oben verglichen sind auch auf dem Damme, wo man von...

Da der Leichnam 1823 zur Gasse kam, so traten dort an Stelle...

Von dem Herzog Friedrich im Frühjahr 1785 auf dem „Altenburger Damme“...

Aus vergangener Zeit — für unsere Zeit.

4. Februar 1814. Napoleons hoffnungslose Lage...

In jenen Tagen erlitten Napoleons Lage fast hoffnungslos...

bündeln nunmehr nur noch auf Grund der Grenzen von 1792...

Im Hauptquartier wußte man, daß Napoleon bei Troches liege...

Vork hatte nach seinem Erlasse die Verfolgung Macdonalds...

Am selben Tage fand eine vergebliche Beschießung Antwerpens...

Gerichtsverhandlungen.

1. Halle. 1. Jan. (Strafamt). In der heutigen Sitzung...

Die Voraussetzungen der Anklage sind in Kürze folgende...

Der Arbeiter rief dem Amtsdorfvorsteher zu in der Reiterie...

Bei dem fraglichen Vorfall im Gehäusen waren eine größere Anzahl...

ipraden sich über ihn, namentlich hinsichtlich seiner Wahrheitsliebe...

Zwei Augenblicke behauptete, wegen des Verdachtes des Diebstahls...

Der Staatsanwalt hielt D. diesmal der Mißhandlung im Amte...

Die Straftat wurde gelangte zum Schluß der langwierigen Verhandlung...

Die Straftat wurde gelangte zum Schluß der langwierigen Verhandlung...

Die Straftat wurde gelangte zum Schluß der langwierigen Verhandlung...

Reklameteil.

Advertisement for 'BRANDS SCHWEIZER PILLEN' with a circular logo and text.

Correspondent.

Bezugspreis vierteljähr. 1 Mk., monatl. 35 Pf.
Bei Abholung von mehreren Exemplaren, bei Bestellung des Jahrs durch meine Redaction in
der Stadt und auf dem Lande außerdem Porto: durch die Post 1,20 Mk. außer 42 Pf.
Beleggeld. — Das Blatt erscheint wöchentlich 6 mal nur an den Vorkäufen nachmittags.
— Redaction meiner Correspondenzen ist nur mit beständiger Cassenbesetzung gestattet.
— Die Redaction neuerer Correspondenzen übernimmt die keine Verantwortlichkeit.

Wöchentliche Gratisbeilagen:
3seitig. illustr. Unterhaltungsblatt
m. neuest. Romanen und Novellen.
4seit. landwirtsch. u. Handelsbeil.
mit neuesten Marktnotierungen.

Anzeigenpreis für die einsp. Zeile oder deren Raum für Oberleitung und andere
Umgebung 10 Pf., für die 2. Spalte 25 Pf., ansonsten pro Zeile
20 Pf., im Restbetriebe 40 Pf. Bei vollständigem Satz entwerfender Aufschlag
Gebühr für Extrablätter nach Uebereinblatt. Für Nachdrucken und Uebersetzung
besondere Berechnung, nach nachträglich mit Voranschlag. Preisliste Nr. 1
Nachdruckrecht für größere Verhältnisse. Verleger: Dr. J. G. L. 1914
Anzeigen die freitags 9 Uhr, Samstags 10 Uhr, Sonntags 11 Uhr.

Nr. 29.

Mittwoch den 4. Februar 1914.

40. Jahrg.

Der Schrei nach dem Gemüsezoll.

Es liegt offenbar System in der bündlerlich-konföderativen Agitation für neue und erhöhte Zölle. Nachdem die Reichsregierung mitgeteilt hat, daß sie vorläufig eine Änderung des Zolltarifs nicht erachtet, halten die Agrarier die Zeit geradezu erst recht für gekommen, ihre extremen Zollwünsche in den Parlamenten zu bekunden, weil sie auf die Unzufriedenheit und die ungefüllte Begehrlichkeit mancher Erwerbsfreie rechnen zu können glauben. Die bündlerische Agitation blüht ja dann am besten, wenn den Leuten klar gemacht wird, daß sie allen Grund zur Unzufriedenheit haben und daß die Regierung die „berechtigten Wünsche“ der Produzenten nicht erfüllt. Das Bündertum gedeiht am besten bei allgemeiner Unzufriedenheit der Bevölkerungsschichten, auf die es rechnen kann — in dieser Beziehung ähnelt der Bund der Landwirte sehr stark der Sozialdemokratie!

Der agrarische Kampf für die Erhöhung der Kartoffel- und Gemüsezölle verdient höhere Beachtung, als bisher der Fall war. In preussischen Abgeordnetenhaus wurde entspannt sich dieser Tage eine längere Debatte über dieses Thema. Sie knüpfte an die Wünsche um staatliche Förderung des Obst- und Gartenbaues an, und hierbei konnte der Abg. Dellus konstataren, daß die fortschrittliche Volkspartei schon im Vorjahre den Antrag gestellt hatte, den entsprechenden Fonds wesentlich zu erhöhen. Dieser Antrag wurde abgelehnt worden. Auch der weitere Antrag, der für das jetzige Jahr eine Erhöhung des Fonds um 150 000 Mk. vorschlag, sei damals gegen die Stimmen der rechten Seite des Hauses abgelehnt worden. Auch in diesem Jahre hat die fortschrittliche Fraktion eine weitere Erhöhung des Etatspostens gegenüber dem Vorschlag angekrebt, sie ist aber damit nicht durchgedrungen. Es geht daraus hervor, daß die fortschrittliche Volkspartei mit aller Kraft eine Förderung des Obst- und Gemüsebaues in Preußen wünscht, aber eine solche, die auf dem Gebiete der Verbesserung und Ausbreitung des Anbaues liegt. Dagegen hat sie sich der Einführung und Erhöhung von Zöllen auf Gemüse

deutschen Publikum durch deutsches Gemüse erwünscht ist, um so verketteter wäre eine Politik der Schutzzölle für diese Lebensmittel. Sie würde nicht nur eine Verteuerung höchst mäßiger und gesunder Speisen hervorbringen, sondern zugleich auch ein ungerecht zweifelhafte Schmet sein für die Produzenten selbst. Der Gemüsegenuss ist in Deutschland leider noch immer ein zartes Pflänzchen, das man sehr sorgsam behandeln muß, wenn es nicht eingehen soll. Jede Verteuerung des Gemüses auf dem Markt führt mit fast mathematischer Gewißheit eine Abwendung des Publikums vom Gemüsekauf herbei, die Hausfrauen wenden sich in diesem Falle überwiegend der Kartoffel zu. Diese aber, das Nahrungsmittel der kleinsten und ärmsten Leute, ganz allgemein durch einen hochgegriffenen Zoll zu verteuern, wäre der Gipfelpunkt unglücklicher Politik. Durch hohe Schutzzölle würde der Gemüsebau nicht gefördert, sondern in seiner Entwicklung gestört werden. Über einen gewissen Preis hinaus wird das Gemüse aber nur noch als Delikatess, aber nicht vor der breiten Masse konsumiert. Und was würde das schiefste, durch Schutzzölle künstlich angeregte Gemüseangebot nützen, wenn wegen der zu teuren Preise keine Käufer vorhanden sind? Der konföderative Abg. Sacke sagte zwar in der genannten Sitzung des Abgeordnetenhauses, eine Verteuerung des Gemüses werde durch die Schutzzölle nicht eintreten; aber Abg. Dellus erwiderte mit Recht, wenn keine Verteuerung eintrete, weshalb sollte dann ein Schutz Zoll eingeführt werden. Dieser habe lediglich den Zweck, das Gemüse zu verteuern. Dieser Abgeordnete fügte noch hinzu, daß neulich eine Sitzung der Handelskammer zu Wienig ganz kategorisch die Einführung von Zöllen auf Gemüse abgelehnt, ja sogar die Beseitigung der bestehenden Auslandszölle sowie die möglich gefordert hat, „damit die für den Verkehr der zur Ernährung der Bevölkerung notwendigen Nahrungsmittel bestehenden Hindernisse Beseitigung finden“; für diesen Beschluß hat auch einer der größten Gemüsezüchter der Rheiniger Gegend gestimmt.

Die fortschrittliche Volkspartei will, um die Schlussworte des Abg. Dellus in seiner neulichen Rede zu gebrauchen, alles tun, um eine Förderung des Obst- und Gemüsebaues zu erreichen, aber nicht nach der Richtung, daß unsere Bevölkerung dieses wichtige Nahrungsmittel verteuert wird.

Naumann über die Konserbativen.

Das parlamentarische Regiment der Rechten.
Friedrich Naumann hat in seiner Reichstagsrede zum Fall Zabern vor acht Tagen in lehrreiche Rück- und Ausblicke auf die Dinge in Preußen und im Reich gegeben, daß wir aus dem jetzt vorliegenden amtlichen stenographischen Bericht die betreffenden Ausführungen im Wortlaut wiedergeben wollen. Naumann führte hierüber im zweiten Teile seiner Rede aus:
Es hat aber vorher Graf v. Westarp gegenüber dem Preußenbund, sagen wir, wehevolle Rückversicherungen abgegeben. Ich will mich darum nicht auf den Preußenbund weiter einlassen, sondern verweise darauf, daß im Herrenhaufe Graf Vord und im Abgeordnetenhaus v. Hennebrand die uns bekannten Reden über das preussische Element in Deutschland gehalten haben, Neben an den Reichstanzler, daß er doch nicht zu sehr Reichstanzler sein möge.

Warnungsreden vor zuviel Reichsgegnung und Reichsverfälschung; denn Preußen sei die Grundlagel Preußen war und ist die historische Grundlage, aber über diese Grundlage hinaus ist doch der Reichsbaum weiter gewachsen. Jetzt aber kommen Sie und sagen: das Reich bleibt dem eigentümlich als preussisch übrig? Früher war es eine historische Frage, die schon 1848 in der Paulskirche erörtert worden ist, wie der Dualismus auszugleichen sei: Preußen mit Landtag, mit Ministerien, ein voll ausgebauter Staat, und über dem nun der andere Staat, das Reich! Man löste sich, es wird sich schon finden. Nun aber kam das wirkliche Reich, und mit ihm die Folgegebund und warf die Einzelstaaten bereits zur Hälfte Ausführungsbeamte der bestehenden Reichsgewalten geworden sind. Und nun tritt der Tag ein, den Bismarck geweissagt hat 1877, daß, wenn es einen Reichsfinanzminister gäbe, der preussische Finanzminister sein Feind sein werde. Es gibt ja nun zwar keinen Reichs-

finanzminister, aber es gibt neuerdings eine direkte Reichsteuer, die auf der rechten Seite nicht beliebt ist, die wir anderen aber um des Vaterlandes willen einmütig bewilligt haben. Und damit gibt es, was Bismarck den Finanzminister des Reiches nannte. So entsteht der Fall: der preussische Finanzminister oder ein anderer Minister wird Feind dessen, der die Reichsorganisation vertritt, und die Spannung wächst, und zwar wächst sie um so mehr, je mehr die Konföderation, als sie der Reichsminister nicht mehr so locker sind, als sie früher glaubten, es von Geburt her sein zu können.

Das ist nämlich der springende Punkt. Es wird hier feierlich über Staatstheorien geredet. Wir auf der linken Seite sind für

parlamentarisches Regiment.

Wir wissen dabei, daß parlamentarisches Regiment nicht einfach Abschreiben englischer Verfassung ist, sondern daß in jedem Staate die Entwicklung ihre eigenen Formen sucht, und daß nicht der Reichstag in Ewigkeit in diesem Zustand einer unbedingten Kontrollbehörde bleiben kann, in dem er jetzt zum guten Teil ist. Sehen Sie doch die Antworten, die uns die verschiedenen Regierungen auf die Resolutionen des Reichstages gegeben haben! Wozu spannt die Öffentlichkeit auf, was hier abgehandelt wird, wenn das hinterste Fakt nur ein großer Papierkorb ist? Heißt, heißt, da wird hineingeworfen. Diesen Zustand zu ändern, die Hilflosigkeit des Reichstages in etwas von Kraft zu verwandeln, das ist das Problem, was unter dem schuldigen Namen „parlamentarisches Regiment“ führt; und sobald das ausgeprochen wird, fühlen die Herren Konföderation, das Fort zu anderen Beziehungen der Oberen Stellen führen als zu den Bewegungen mit ihren Freunden.

Als das Deutsche Reich gegründet wurde, waren die Konföderation nur sehr langsam für diesen Gedanken zu haben. Nachdem es ihnen geordnet war, kam die Zeit der parlamentarischen Regierung. Die Bismarck war, wie die christpreussische Partei damals gesprochen haben, nicht bloß über Herrn v. Bethmann Sollew fest. Auch ihn wollten sie abgeben, weil er ihnen nicht gehorcht wollte. Der Minister darf erhitzen, aber er muß von Ihnen (nach rechts) abhängig sein — das ist

das parlamentarische Regiment der Rechten.

Die aber, die dieses als ihr Privilegium ansehen, nehmen es den anderen über, wenn sie sagen: So, wir wollen einmal die Bläse tauschen. Dann geht der christpreussische Mann in die Höhe. Das haben wir einst in den Tagen der Deklaration, dann in den 100 Tagen des Kaisers Friedrich gesehen. Als in jenen schweren Tagen möglich ist, daß ein Ministerium und ein Reichstanzler können, die sojagalen nicht patentiert waren vor den Herren Preußen, der gingen Sie wieder in die Höhe. Als aber dann Caprivi seine Handelsverträge anderen machte als mit „rechts“, gingen Sie wieder in die Höhe, und da war Liebenberg fällig — Donaueinigungen gab es damals noch nicht.

Und nun kommt es nochmals wieder! Zabern ist der Anlaß. Aber vorher gab es schon eine Abstimmung über die großen Reichsfinanz. Da ist wieder einmal etwas Besondere gemacht worden, ohne daß die Herren rechts vorher gefragt und nachher daran beteiligt worden wären. Da entsteht die Stimmung: Götterdämmerung. Es müssen sich die letzten Kräfte sammeln; denn das übrige Volk hängt an, politisch aufzuwachen; denn es ist ein Tag wie hier im Dezember, als Kollege Hebrant sprach, wo man nicht nur zerfallene Parteien fand, sondern einen Deutschen Reichstag, der gemeinsam etwas wollte, der dem Reichstanzler sagte, er sei nicht einverstanden mit der Art, wie Zabern behandelt worden ist, einen Reichstag, der die Nation als Ganzes hochheben wollte (Lachen rechts), den deutschen Gedanken, über den Sie lachen, weil er in Ihrer Seele nicht drin ist; denn für Sie bleibt im Untergrund der preussische Gedanke, für uns aber bleibt das höchste der deutsche Reichsgedanke. Der ist seit 50 Jahren gewachsen. Ihre Beschreibung ist richtig; das Reich hat gewonnen an Demokratie, an Sozialpolitik. Das Reich ist jetzt auch dienlicher für die Arme des Reiches, die etwas haben und gewöhnlich nicht gern zahlen wollen. Das Reich holt sich Rekruten und Gelber, wenn es solche braucht, ohne vorher um Ihre Konföderation Erlaubnis zu fragen, und darum wollen Sie von dem Reich jetzt nichts Rechtes mehr wissen. Für uns aber heißt es Land, Deutschland, über Alles, über Alles in der Welt.

Rechtlicher Beifall links und bei den Clap-Vorbringern unterbrach den Redner fast nach jedem Satz und erfolgte besonders am Schluß der Rede.

Zabern-Nachtlänge.

Verseht! Aber warum nicht vor einem Werteljahr? — So ruft man unwillkürlich aus, wenn man jetzt von der Transplantation der Herren v. Reuter und v. Forstner nach dem Osten unterer lieben Vaterland hört. Was jetzt geschieht ist, hätte nach den ersten Zaberner Anträgen gegeben können und geschehen müssen. Damals hätte es ausgereicht, um die



zu den farbigen Bildern
So sehr eine notwendige Forderung des Gemüsebaues und eine möglichst umfassende Ernährung des